



Benzinpreise: Das Tanken könnte in den kommenden Monaten wieder deutlich teurer werden

Die Regierung beendete am 1. Januar den Rabatt auf die an den Tankstellen des Landes erhobenen Kraftstoffpreise. Michel-Édouard Leclerc, Vorsitzender des Strategiausschusses der Supermärkte E. Leclerc, warnt vor einem baldigen Wiederanstieg der Preise an den Zapfsäulen.

An den französischen Tankstellen spielen die Preise verrückt. Zu Beginn des Jahres 2023 endete die von der Regierung eingeführte Rabattregelung und die Kraftstoffpreise steigen – wieder – an. Nach Angaben der Website Carbu.com liegt der durchschnittliche Preis für Dieselkraftstoff bei 1,92 €/Liter und der für Benzin bei 1,87 €/Liter.

Und eine Besserung ist nicht in Sicht, wenn man Michel-Édouard Leclerc, Vorsitzender des Strategiausschusses der Geschäfte E. Leclerc, glaubt. Am Sonntag, dem 8. Januar, war Leclerc zu Gast in der Sendung RTL-Grand Jury und kündigte einen baldigen Anstieg der Kraftstoffpreise an. „Seit drei Monaten ist etwas passiert: Bei allen Importen von Kraftstoffen und unabhängig von der Art der Kraftstoffe sind wir heute verpflichtet, uns ohne russischen Kraftstoff, ohne russisches Diesel zu versorgen“, erklärt Leclerc.

☐☐ Michel-Édouard Leclerc (@Leclerc_MEL) confirme qu'il y aura une hausse des prix du carburant dans les centres E. Leclerc. #LeGrandJury
pic.twitter.com/eNc7GDRYwT

— Le Grand Jury (@LeGrandJury) January 8, 2023

Michel-Édouard Leclerc fährt fort: „Wir befinden uns in einer Phase, in der wir dabei sind, unsere Bezugsquellen neu zu organisieren. Im Moment ist es teurer, woanders einzukaufen“. Leclerc ist der Meinung, dass die Auswirkungen dieser Umstellungen erst in zwei oder drei Monaten sichtbar sein werden. Das bedeutet, dass dann die Autofahrer noch tiefer in die Tasche greifen müssen.

Die Regierung hat den Treibstoffrabatt zum Ende des Jahres 2022 beendet. Um den allgemeinen Preisrabatt zu ersetzen, wird die Regierung in wenigen Tagen eine Kraftstoffhilfe von 100 € einführen. Die neue Beihilfe wird etwa 10 Millionen Arbeitnehmer mit niedrigen Einkommen betreffen. Sie wird an Haushalte mit einem steuerlichen Referenzeinkommen von weniger als 14.700 € für das Jahr 2021 ausgezahlt. Die Hilfe kann ab dem 16. Januar beantragt werden.